

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Lokalblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Landberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Logen, Mohorn, Münzig, Neukirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Böhrsorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schriedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Inkersdorf, Weistropf, Wilsberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pf. pro viergespaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 127.

Sonnabend, den 26. Oktober 1901.

60. Jahrg.

Bekanntmachung.

Nach seiner Rekonstitution setzt sich der Kirchenvorstand der Parodie Wilsdruff aus folgenden Mitgliedern zusammen:

1. Dem unterzeichneten Pfarrer als Vorsitzenden,
2. Herrn Kaufmann Engelmann, stellv. Vorsitz.,
3. „ Rechtsanwalt Burfian,
4. „ Privatrat Stadtrath Dinndorf,
5. „ Stadtgutsbesitzer Ubrig.

6. Herr Beutlermeister Junge,
7. „ Leinwandfabrikant Krippenstapel,
8. „ Oberlehrer Thomas, sämtlich in Wilsdruff
- und 9. „ Ortsrichter Ohmann,
10. „ Erbgerichtsbesitzer Ludwig in Grumbach.

Wilsdruff, am 24. Oktober 1901.

Der Kirchenvorstand.

Wolke, Pfarrer, Vorsitzender.

Freihandel und freier Handel.

Der Streit um die Neugestaltung der deutschen Handels- und Zollpolitik treibt recht seltsame bunte Mälen. Da wird von konservativen Zeitungen geargwöhnt, daß neben dem für eine Erweiterung der Schutzollpolitik kämpfenden Reichskanzler Grafen Bülow in der Person des Staatssekretärs und Admirals von Tirpitz ein Minister sitze, der dem Freihandel zustrebe. Der Staatssekretär des Reichsmarine-Amtes, Admiral Tirpitz, soll nämlich am 25. Oktober 1899 zwischen 10 Uhr Vormittags und 2 Uhr Nachmittags wiederholt gegenüber dem Abgeordneten Müller-Sagan von der freisinnigen Volkspartei erklärt haben, jedes neue Panzerschiff und jeder neue Kreuzer bedeute ein neues Schwerkriegsgerät in der Waagschale des Freihandels. Der Abgeordnete Müller-Sagan hat nun in einer Mitteilung an die Königsberger Hartung'sche Zeitung diese Angabe bestätigt und hinzugefügt, daß diese Erklärung des Staatssekretärs v. Tirpitz keine vertrauliche, sondern eine für die freisinnige Volkspartei, die bekanntlich dem absoluten Freihandel huldigt, bestimmte Kundgebung war. Danach sähe also wohl doch ein Anhänger des Freihandels an der Spitze eines hohen Reichsamtes! — Nun, es wird sich ja bald zeigen, wie Herr v. Tirpitz zu dieser Sache Stellung nimmt. Vielleicht giebt er auf diese Anzuspitzung gar keine Antwort oder erklärt, er habe mit der Verstärkung der Flotte den wachsenden Schutz für den freien Handel Deutschlands und nicht die Anbahnung einer von allen Schutzölln befreiten Handelspolitik Deutschlands in Folge der Verstärkung der deutschen Kriegsflotte gemeint, schließlich kann aber seine Meinung dabei auch diejenige gewesen sein, daß, wenn Deutschlands Welthandel in Folge einer verdoppelten Flotte auf allen Meeren und in allen fernen Zonen vorherrschend geworden ist, das deutsche Reich dann ruhig die Schutzölln abschaffen und zum reinen Freihandel übergehen kann.

Jedenfalls sind Freihandel und freier Handel keineswegs dieselben Begriffe. Der Freihandel ist ein von jedem Schutzoll befreiter Handel, den ein Land treibt, und der freie Handel ist der Handelsverkehr, der die freie Bewegung aus den eigenen Grenzen über alle fremden Grenzen gestattet. Das an diese Bewegung Abgaben, wie Waarenzölle, Hafenzölle, Canalzölle u. s. w. geknüpft sind, ändert an der Freiheit dieser Bewegung an sich nichts. Das beste Beispiel für die Richtigkeit dieser Anschauung liefern der Handel und Verkehr der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Seit einem Menschenalter haben sich die Vereinigten Staaten zur Hebung ihrer eigenen Industrie und Landwirtschaft und zur Stärkung ihres einheimischen Handels mit einer immer dicker gewordenen Schutzollmauer umgeben; aber Niemand wird im Ernste behaupten wollen oder beweisen können, daß Amerikas Handel dadurch unfrei geworden sei, im Gegentheil treibt Amerika trotz seiner hohen Schutzölln einen großen freien Handel mit der ganzen Welt, aber Freihandel und Freihandelspolitik im Sinne der europäischen Freihandelsparteien, also unter Beseitigung der amerikanischen Schutzölln treiben die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht, dazu sind sie zu gesunde Realpolitiker, und sie haben sich wirtschaftlich und finanziell bei der Ablehnung jeder Freihandelspolitik ganz ausgezeichnet angedeutet. Daß sie selbst alle Welt mit ihren Waaren zu schwächen, aber gegen fremde Waareneinfuhr ihre Grenzen mit hohen Schutzölln verammeln, diese Art freier Handel wird nun allerdings den Amerikanern nach und nach etwas versalzen werden, aber freier Handel

mit Zöllen auf Gegenseitigkeit oder gegenseitiger Zollfreiheit kann recht gut von Fall zu Fall zwischen den einzelnen Ländern bestehen, ohne daß der Freihandel ohne jeden Zoll verlangt zu werden braucht.

Politische Rundschau.

In der politischen Tagesdiskussion ist die Zolltariffrage einstweilen wieder etwas in den Hintergrund getreten, es läßt sich eben an diesem schon so viel erörterten Thema schwerlich noch eine neue Seite entdecken. Dasselbe dürfte daher erst dann in der Öffentlichkeit erneut zur vollen Geltung gelangen, wenn der Bundesrath die Entwürfe des neuen Zolltarifgesetzes wie des Zolltarifgesetzes selbst definitiv verabschiedet haben wird und sie an den Reichstag kommen. Was die seltsamen Gerüchte anbelangt, denen zu Folge die Reichsregierung beabsichtigen sollte, die gegenwärtigen Handelsverträge nicht zu kündigen, so haben sie jetzt von offizieller Berliner Seite ein kräftiges Dementi erfahren, welches zugleich die Erklärung enthält, daß sich die deutsche Regierung den richtigen Zeitpunkt für die Kündigung der laufenden Handelsverträge des Reiches schon auswählen werde. In die handelspolitischen Fragen spielt übrigens ein eigenartiger Zwischenfall hinein, der den Marine-Staatssekretär v. Tirpitz betrifft. Herr v. Tirpitz soll im Oktober 1899, also vor zwei Jahren, zu dem freisinnigen Reichstagsabgeordneten Müller-Sagan geäußert haben, jeder neue Panzer und jeder neue Kreuzer bedeute ein neues Schwerkriegsgerät in der Waagschale zu Gunsten des Freihandels, womit er bei der Linken habe Stimmung für die damals im Anzuge befindliche jüngste Flottenvorlage machen wollen. Dem gegenüber versicherte neulich die Berliner „Post“, daß eine derartige Neußerung des Marine-Staatssekretärs nicht gefallen sei, was aber nunmehr den Abgeordneten Müller-Sagan veranlaßt hat, in einer Zuschrift an ein Königsberger freisinniges Blatt zu erklären, daß Herr v. Tirpitz die beregte Neußerung zu ihm tatsächlich gethan habe und zwar am 25. Oktober 1899 und dies mit der Ermächtigung, von dieser Auslassung des Chefs der Marine-Verwaltung seinen (Müller's) Freunden Mitteilung zu machen. Inwiefern dieser Vorgang vielleicht noch politische Folgen nach sich ziehen wird, bleibt allerdings abzuwarten, sehr wahrscheinlich ist es jedoch nicht. Erlegen ist in der Nacht zum 23. Oktober in Berlin seinem schweren Magenleiden der zur freisinnigen Vereinigung gehörende Reichstagsabgeordnete Dr. v. Siemens. Derselbe war bis vor einem Jahre Direktor der Deutschen Bank und galt mit Recht als eine Capazität in Bank- und kommerziellen Fragen; im Reichstage vertrat v. Siemens den Wahlkreis Wittenberg. In den verschiedenen Berliner Kommunalstreitfragen scheint nur noch die Neuwahl des Zweiten Bürgermeisters Schwierigkeiten zu bereiten; immerhin ist anzunehmen, daß die Mehrheit des Berliner Stadtverordneten-Kollegiums die Kandidatur des freisinnigen Stadtraths Kaufmann für den zweithöchsten Verwaltungsposten der Reichshauptstadt fallen lassen und dafür einen der Krone erwünschteren Kandidaten aussfindig machen wird.

Vom Kaiserhofe. Der Kaiser hörte Donnerstag Vormittag nach einem Spazierritt militärische Vorträge. Mittag fand die Vereidigung des Bischofs Benzler von Metz statt.

Die Hamburger Bürgerschaft bewilligte in der am Mittwoch Abend abgehaltenen Versammlung 3 1/2 Millionen Mark zur Vergrößerung der Hafenanlagen und Quaibauten.

Bei einer Feuersbrunst in Konstantinopel theilhaftigen acht Offiziere und 90 Mann vom deutschen Schulschiff „Charlotte“ an der Bekämpfung des Feuers. Der Sultan äußerte seine hohe Befriedigung über das thatkräftige Vorgehen der Deutschen.

In Kiantchou soll eine Feuerwehr nach deutschem Muster errichtet werden. Die Gerätschaften werden gegenwärtig in Deutschland beschafft. So hat nach den Berl. N. Nachr. eine Firma in Kastrin a. d. Oder einen Auftrag auf Lieferung von zwölf fahrbaren Feuersprizen erhalten.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus beginnt sich bereits wieder eine gewisse Gewitterstimmung zu zeigen. So kam es in der Mittwochssitzung anlässlich der Angriffe des Czechen Stranek auf die Deutschen in seiner Besprechung der in der Stadt Littau stattgefundenen Tumulte zu einem erregten Wortwechsel zwischen allen deutschen und tschechischen Abgeordneten, der fast in Thätlichkeiten ausgeartet wäre. Zwischen der jungtschechischen Partei und der tschechischen Großgrundbesitzer-Partei Böhmens bestanden Mißverständnisse, die in den Neuwahlen zum böhmischen Landtage wurzeln. Dieser Tage haben nun Vertreter des Czechenklubs und des Klubs der tschechischen Großgrundbesitzer eine Besprechung mit einander gehabt, in der beschlossen wurde, ein gemeinsames Vorgehen beider Klubs zu erzielen. Im Abgeordnetenhaus wurde von der deutschen Volkspartei ein Antrag eingebracht, welcher die österreichische Regierung auffordert, bei den neuen Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland für eine mögliche Herabsetzung der deutschen Zölle auf Vieh aus Oesterreich einzutreten. Ueberhaupt widmet man in Oesterreich der künftigen Zollpolitik der habsburgischen Monarchie gegenüber dem Auslande fortgesetzt große Aufmerksamkeit. Eine in Wien am Mittwoch Abend von der Centralstelle zum Schutze der land- und forstwirtschaftlichen Interessen Oesterreichs und vom Klub der österreichischen Industriellen einberufene Versammlung genehmigte nach längerer Debatte eine Resolution, welche sich in Hinblick auf die zollpolitischen Vorgänge in den Vereinigten Staaten und in Deutschland für eine gänzliche Umgestaltung des österreichisch-ungarischen Zolltarifs ausspricht. Derselbe soll der Landwirtschaft und der Industrie Oesterreichs ausgiebigen Schutz gewähren, aber zugleich auf den Grundsätzen des Abschlusses günstiger Handelsverträge und der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit fußen.

Italien. Im Lande der Citronen ist wieder einmal ein großer Gemeindeverwaltungsstandal aufgedeckt worden. Er spielt in Neapel, wo der Bürgermeister selber mit den Hauptern der berüchtigten Camorra unter einer Decke steckt und Millionen veruntreut.

Der russische Kriegsminister Kuropatkin hat bei seiner kürzlichen Anwesenheit in Merw mehrere als Spione verhaftete Afghanen in Freiheit setzen lassen. Er entließ sie mit der Anweisung, daheim zu verkünden, daß die Russen nach wie vor die wahren Freunde Afghanistans seien.

Balkanhalbinsel. Sarafow, das ehemalige Haupt des mazedonischen Verschwörer Komitees, protestirt in einem Schreiben an den Pariser „Temps“ gegen die Beschuldigung, die Räuberbande, welche die amerikanische Missionarin Stone entführte, habe nach seinem Auftrage gehandelt. Sarafow will sich nach seiner Rückkehr aus dem Auslande nach Bulgarien sofort den dortigen Gerichten stellen. — In Konstantinopel hat sich eine besondere Kommission zur Prüfung der traurigen Lage des türkischen Finanzde-